

Bierstädter Zeitung

Anzeiger für das blaue Ländchen Amtsblatt Anzeiger für das blaue Ländchen

Erscheint 3 mal wöchentlich

Dienstags, Donnerstags und Samstags.

Bezugspreis monatlich 90 Pfg., durch die Post vierteljährlich 2.70 Mk. und Bestellgeld.

Umfassend die Ortschaften:

Muringen, Bierstadt, Breckenheim, Delfenheim, Diedenbergen, Erbenheim, Hefloch, Kloppenheim, Massenheim, Medenbach, Naurod, Nordenstadt, Rambach, Sonnenberg, Wallau, Wildsachsen.

Der Anzeigenpreis beträgt: für die kleinspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg. Reklamen und Anzeigen im amtlichen Teil werden pro Zeile mit 50 Pfg. berechnet. Eingetragen — in der Postzeitungsliste unter 1110 a. —

Redaktion und Geschäftsstelle: Bierstadt, Ecke Moritz- und Röderstraße. Fernruf 2027. Redaktion, Druck und Verlag von Heinrich Schulze Bierstadt.

Nr. 116.

Dienstag, den 7. Oktober 1919.

19. Jahrgang.

Die Zukunft unseres Handels.

Eine Rede des Reichswirtschaftsministers.

Der Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt hielt am Donnerstagnachmittag vor dem Zentralverband des Deutschen Großhandels in Hamburg eine bemerkenswerte Rede über die Zukunft des deutschen Handels. Er entwickelte darin sein Wirtschaftsprogramm, insbesondere soweit es die Forderungen des Handels betrifft.

Der Minister führte u. a. aus:

„Ich stehe nicht an, trotz der maßlosen Angriffe, die während des Krieges gegen die Zwangswirtschaft erhoben worden sind, es klar auszusprechen, daß ich bei Anerkennung aller Mängel diese Wirtschaftsmethode auch heute noch als die einzig denkbare Methode der Kriegswirtschaft ansehe. Jetzt die Entwicklung in ein neues System hineinzwingen, wäre verkehrt; wir müssen zum natürlichen Aufbau zurück. Das Kennzeichen der gegenwärtigen Wirtschaftsepoche ist gerade diese Flüssigkeit und Unsicherheit. Um nur einige Momente aufzuführen, nenne ich voran die Saluta. So verheerend der Tiefstand der Markt auf unsere Einfuhrgeschäfte wirkt, das allerschlimmste sind die unaufhörlichen Schwankungen des Geldwertes. Sie machen jede Kalkulation unmöglich und verwandeln die ganze Zirkulation von Geld und Ware in ein reines Spekulationsgeschäft.“

Die Aufnahme großer ausländischer Kredite gilt allgemein für ein wirksames Heilmittel unserer Währungsnot. So notwendig diese Operation zur Stützung unserer unmittelbar notwendigen Kaufgeschäfte ist, ein Hilfsmittel gegen die Salutafallkatastrophe ist sie nicht. Das Währungsproblem ist ein internationales Problem, unter dem fast alle kriegsführenden Staaten, auch der größere Teil der Sieger, zu leiden haben. Nur eine internationale Regelung eine Neuauflagerung der Kurse durch eine internationale Anleihe bringt erdguiltige Heilung. Ebenso dringend ist aber für uns, daß endlich das Loch im Westen verstopft wird und wir eine normale Grenze erhalten. Leider haben die langwierigen Verhandlungen mit Frankreich immer noch nicht zum erwünschten Ergebnis geführt.

Wenig Bedeutung lege ich den manchmal gehöhrten Beschränkungen bei, die deutschen Waren würden keine Absatzmärkte finden. Fragen Sie bei unseren großen Exportindustrien an, sie sind überhäuft mit Aufträgen. In der allerersten Zeit ist die Freigabe der Einfuhr für weitere Rohstoffe beabsichtigt. Zur Ausfuhr sind freigegeben: Textilfertigerzeugnisse, soweit sie nicht Gegenstände des täglichen Bedarfs sind, Kautschukerzeugnisse, gewisse Eisen- und Stahlerzeugnisse. Auf dem Gebiete der Ernährung ist die Einfuhr von Reis, Hülsenfrüchten und Kakaobohnen freigegeben und die innere Bewirtschaftung aufgehoben. Die technische Durchführung der Aus- und Einfuhrregelung für die nächste Zeit ist so gedacht, daß die Einfuhr grundsätzlich verboten bleibt. Für die freigegebenen Artikel wird eine detaillierte Preisliste ausgearbeitet werden. Umgekehrt soll die Ausfuhr grundsätzlich erlaubt sein. Für die verbotenen Waren wird eine Verbotsliste aufgestellt.

Wir haben mit vieler Mühe in der Kohlenproduktion eine gewisse Stetigkeit erzielt. Auch aus anderen anderen Zweigen der Industrie ist mir bekannt, daß Arbeitswille und Arbeitslust allmählich wiederkehren. Dieses allmähliche Erweichen des Produktionswillens darf auf keinen Fall durch übereilte Experimente gestört werden. Wenn sich der Handel als Glied der gesamten deutschen Volkswirtschaft fühlte und bereit ist, in den schweren Uebergangsjahren, die uns noch bevorstehen, mitzutragen an den Opfern und sich diejenige Selbstbeschränkung aufzulegen, die notwendig ist, damit wir den sozialen Frieden im Lande wiederherstellen und bewahren, dann werden wir auf sicherem Boden den Aufbau vollziehen.“

Das Loch im Westen.

Der Schmuggel im besetzten Gebiet.

Anlässlich der Saluta-Interpellation sind von den Rednern aller Parteien durchgehende Maßnahmen von der Regierung gefordert worden, um der unkontrollierten Einfuhr von Waren ins besetzte Gebiet Einhalt zu gebieten. Der Warenschmuggel hat gegenwärtig für den gesamten deutschen Handel im übrigen Deutschland geradezu vernichtende Formen angenommen.

Eines dieser Böcher, durch das wöchentlich Dutzende von Millionen deutschen Geldes nach Belgien wandern, ist, wie dem „Vorwärts“ von gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, das unter belgischer Besatzung stehende Aachen, das allmählich zum Hauptstapelplatz für amerikanische, englische und belgische Waren geworden ist. Von dort aus wird das nördliche Rhein-

land, Hannover, Westfalen und weite Gebiete des nordigen unbesetzten Gebietes mit Waren versorgt, die samt und sonders ohne jede Kontrolle und Zollzahlung hereinkommen. Bekanntlich haben die Ententestaaten das vor kurzem in Weimar beschlossene Gesetz über die Zahlung der Zölle in Gold nicht anerkannt. Auf diese Weise kommt die Einfuhr im besetzten Gebiet bedeutend billiger zu stehen, auch wenn — übrigens in den wenigsten Fällen — die Zölle nach den alten Sägen entrichtet werden, während die Einfuhr über die deutschen Seehäfen durch die Entrichtung der Zölle in Gold wesentlich verteuert, ja nahezu unmöglich gemacht wird. Durch den Ausfall der Zölle und die Zählung des Handels in den deutschen Seehäfen wird das deutsche Wirtschaftsleben auf das empfindlichste geschädigt.

Die Ueberwachung der Grenze von Aachen bis Cleve wird einfach illusorisch dadurch, daß der Warenschmuggel vielfach von den Besatzungstruppen begünstigt wird, die unangefochten ausländische Waren in beliebiger Menge ins besetzte Gebiet schaffen. Nicht zu unterschätzen ist auch der allmähliche Privatschmuggelverkehr. Ungeheure Summen zur Bezahlung der geschmuggelten Waren werden täglich über die Grenze geschafft.

Da es der Regierung nicht möglich ist, an der deutsch-belgisch-holländischen Grenze einen geregelten Grenzverkehr aufrecht zu erhalten, wurde vielfach eine schärfere Kontrolle der Eisenbahnstationen an der Belgischengrenze angeregt. Doch nach wie vor rollen Waggons über Waggons mit ausländischer Warenladung nach allen großen Städten Deutschlands. Sämtliche Gegenden sind heute schon überschwemmt mit englischen Zigaretten. Holland hat bereits seine sämtlichen großen während des Krieges aufgestapelten Zigarettenvorräte nach Deutschland zu schaffen gesucht.

Diese unhaltbaren Zustände haben der deutsch-nationalen und der Deutschen Volkspartei Anlaß gegeben, in der Nationalversammlung folgende Interpellation einzubringen:

„Nach dem das Gesetz über die Zahlung der Einfuhrzölle in Gold in den besetzten Gebieten nicht zur Durchführung gebracht werden konnte, ist eine unerträgliche Lage für den gesamten Handel im übrigen Deutschland entstanden, indem die Goldzahlung die eingeführende Ware verächtlich macht, daß die Einfuhr nur noch über das besetzte linksrheinische Gebiet möglich ist. Bei längerer Dauer dieses Zustandes ist der deutsche Handel der Gefahr ausgesetzt, dem völligen Ruin überantwortet zu werden. Insbesondere werden die deutschen Seehäfen bedroht, die letzten Daseinsbedingungen völlig zu verlieren, während der Schmuggelhandel neue Gelegenheiten findet, den legitimen Handel zu verdrängen, ins Ungemessene anzuknappen und obendrein die geregelte Bahnverbindung und Kohlenversorgung vom Westen her aufs äußerste zu belästigen und zu gefährden. Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um diesen unhaltbaren Zuständen schleunigst ein Ende zu bereiten?“

Der Reichsfinanzminister hat in der Nationalversammlung bereits mitgeteilt, daß in einer Konferenz am 10. Oktober über diese Frage, d. h. also wohl über die Ratifikation der Aufhebung der hier mit Recht so scharf angegriffenen Verordnung, verhandelt werden soll.

Gegenwärtig erwägt die Regierung auch scharfe Maßnahmen, um den unverantwortlichen Getreideschmuggel ins Ausland unmöglich zu machen. Der Getreideschmuggel hat bereits derartigen Umfang angenommen, daß die Brotversorgung des deutschen Volkes ernstlich gefährdet ist. Hoffentlich gelingt es der Regierung, den ungesetzmäßigen Verkehr im Westen so rasch, wie möglich zu unterbinden.

Frankreich ratifiziert.

Mit 372 gegen 53 Stimmen.

Nach 23 Sitzungen schloß die französische Kammer am Donnerstag nachmittag ihre Beratungen über den Friedensvertrag. Die Ratifikation des Vertrages wurde mit 372 gegen 53 Stimmen beschlossen.

Desgleichen wurde die Vorlage über die Ratifikation des militärischen Abkommens zwischen Frankreich, England und Amerika mit 501 Stimmen endgültig angenommen.

Der Abschluß der Aussprache.

Die allgemeine Aussprache wurde nach den Ausführungen Augagneurs und Franklin-Bouillons geschlossen. Der Sozialist Augagneur vertrat den Standpunkt, daß Frankreich nicht der Teil der Siegesfrucht geworden sei, auf den es Anspruch gehabt hätte. Der Vertrag sei kein wirklicher Friedensvertrag. Die Regierung selbst habe zugestanden, daß eine ungeminderte, fortwährend aufrecht zu haltende Energie notwendig sei, um seine Ausführung sicherzustellen. Das allein sei schon beunruhigend. Das französische Volk habe von diesem Kriege das Ende aller Kriege erwartet, und die, die sich geschlagen hätten, hätten die allmählich

Entwaffnung erwartet. Diese Entwaffnung habe der Frieden nicht gebracht. Sie sei kompromittiert worden an dem Tage, an dem Lloyd George erklärt habe, die englische Flotte müßte erhalten bleiben. Er wolle gern zugeben, daß das erschöpfte Deutschland zehn bis fünfzehn Jahre hindurch den Friedensvertrag erfüllen werde, aber was dann? Der Artikel 10 des Völkerbundsstatuts spreche nur von einer Intervention im Falle eines Angriffs, und werde Deutschland nicht Gelegenheit finden, einen Angriff zu maskieren?

Nach Augagneur ergriff der nationalistische Abgeordnete Franklin-Bouillon das Wort. Er griff hauptsächlich Clemenceau an, der den Völkerbund vor dem Frieden gemacht habe; er habe über keinen Punkt Aufklärung gegeben. Die Regierung habe nicht den Waffenstillstand abgeschlossen, den Frankreich verdient hätte und sie habe einen schlechten Frieden abgeschlossen, wie sie das Parlament beiseite geschoben habe. Clemenceau habe ein Minimum von Frieden in einem Maximum von Anarchie erreicht.

Hierauf erfolgte die Abstimmung.

Die kleine Minderheit, die jetzt gegen die Ratifizierung gestimmt hat, dürfte fast nur aus Sozialisten bestehen. Die meisten derjenigen Abgeordneten, die, wie die Barthou, Franklin-Bouillon, Lefebvre, die Friedensbedingungen noch zu schwächlich, Deutschland nicht genügend geknebelt finden, haben sich entweder der Stimme enthalten oder ihre Zustimmung in besonderen Erklärungen mit Vorbehalten begleitet.

So hat der bekannte Deutschhasser Maurice Barres im Namen einer gewissen Anzahl von Abgeordneten eine Erklärung abgegeben, in der es heißt: „Frankreich achtet den Wunsch der Bevölkerungen, die ohne sich von Deutschland zu trennen, eine Selbstverwaltung wünschen, die sie der preussischen Herrschaft entzieht. Es ist bereit, diese Wandlung der rheinischen Bevölkerungen zu einer Staatsform hin zu erleichtern, die ihnen ein Gebot und die freie Entwicklung ihres Geistes ermöglicht. Wir bitten, daß alle notwendigen Maßnahmen ergriffen werden, um die Beziehungen zwischen Frankreich und den Rheinländern zu vertiefen.“

Wie der „Matin“ meldet, wird am Freitag der Kammer ein Antrag zugehen, der bestimmt, daß die gesetzgebende Macht der Kammer am 1. Dezember ihr Ende erreicht. Nach einigen Blättern werden in diesem Fall Kammerneuwahlen am 9. November stattfinden.

Die Inkraftsetzung des Friedensvertrages

dürfte in nicht allzu weiter Ferne stehen. Das italienische Ministerium hat bereits vor einigen Tagen beschlossen, den Friedensvertrag durch königliches Dekret unter Vorbehalt der späteren Zustimmung des neuen Kabinetts zu ratifizieren, sobald entweder das französische Kabinett oder der amerikanische Kongreß die Ratifikation vollzogen hat.

Politische Rundschau.

7. Oktober 1919.

— Der Volkswirtschaftsausschuß der Nationalversammlung lehnte einen Antrag der Demokraten auf Aufhebung der Zwangswirtschaft für Seife mit großer Mehrheit ab.

— Zum Regierungspräsidenten von Arnberg wurde der sozialdemokratische Abgeordnete Max König in Dortmund ernannt.

— An den deutschen Vertreter in Versailles ist eine gleichlautende Einladung zur Teilnahme an der Arbeiterkonferenz in Washington wie an den österreichischen Vertreter ergangen.

— Helfferich gegen Erzberger. Bei einem Vortrag in Stuttgart wies Staatsminister a. D. Dr. Helfferich u. a. auf die Verhandlungen über die Festsetzung der deutschen Armee hin und sagte: Obwohl der preussische Kriegsminister und alle anderen sachverständigen Militärs erklärt hatten, daß die auf 100 000 Mann herabgesetzte Armee nicht ausreiche, habe Erzberger gesagt, 100 000 Mann genügen, das andere befohle die Polizei und der Völkerbund. Der Krieg habe das deutsche Volk 140 Milliarden gekostet, seit der Revolution wurden schon 35 Milliarden mehr ausgegeben. Die Tätigkeit Erzbergers sei eine Schande, und Vankerkottwirtschaft. Er, Helfferich, habe an den Reichspräsidenten zwei Eingaben machen müssen, bis ihm erklärt wurde, das Strafverfahren gegen ihn sei eingeleitet. Das sei am 5. September gewesen, und seitdem habe er nichts mehr gehört. Dafür habe Erzberger ihn auf die Lippe der Auszuliefernden setzen lassen wollen. Aber er gebe nicht nach in diesem Kampfe, der tödlich sein müsse für einen von beiden; deshalb habe er sich auch durch die Erzbergerische Drohung nicht einschüchtern lassen. Die Drohung habe ihn in dem Beschluß gefaßt: „Der Mann muß weg.“

1. Noch kein neues Reichskabinett. Eine Klärung in der Personenfrage für das neue Reichskabinett konnte bis jetzt nicht erfolgen, da der Reichspräsident sich zurzeit zur Eröffnung der internationalen Einfuhrmesse in Frankfurt a. M. befindet. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird der Abg. Schiffer das Reichsjustizministerium übernehmen, mit dem von nun an die Bizekanzlerschaft verbunden sein wird. Oberbürgermeister Koch, den die Demokraten bekanntlich für das Reichsministerium des Innern in Vorschlag bringen, widerlegte sich anfangs dem Wunsche seiner Parteifreunde doch dürfte seine Ernennung sicher sein. Offen bleibt noch die Frage, wer das neu gegründete Ministerium für den Wiederaufbau übernehmen soll. — Inzwischen ist die Regierungsumbildung in Sachsen bereits erfolgt. Die sozialdemokratischen Minister Ritsche und Bud scheiden aus dem Finanz- und aus dem Kultusministerium aus. An ihre Stelle werden die Demokraten Ritsche, Mitglied der Nationalversammlung und der sächsischen Volkskammer, und der Schutrat Dr. Sehfert, Mitglied der Nationalversammlung, berufen werden. — In Bayern konnte noch keine Einigung über die Umbildung des Ministeriums erzielt werden.

2. Zwangsfrist für Räumung des Baltikums. Die „Daily Mail“ meldet aus Paris, daß an Deutschland wegen der Räumung des Baltikums gegen Mitte Oktober ein Ultimatum mit dreitägiger Frist ergehen wird. Aus Mitau melden französische Blätter, daß die lettische Regierung eine Offensive gegen die deutsch-russischen antibolschewistischen Truppen in Kurland beschloßen hat. 1½ lettische Divisionen seien auf der Front von Olei mit schwerer Artillerie angekommen. Zwei estnische Divisionen, die von der russischen bolschewistischen Front kamen, befinden sich auf der Straße Dab-Priedrichstadt. Die deutsch-russischen Truppen bereiten sich auf ihre Verteidigung vor.

3. Die Laken der Befassung. In einem Telegramm an den Reichsminister des Innern stellt der Vorstand des Verbandes Rheinisch-Westfälischer Gemeinden erneut fest, daß die durch die fremden Befassungen den Gemeinden entstandenen Unkosten auch jetzt noch höchst mangelhaft erstattet werden. Die Aufregung darüber wächst. Der Minister wird dringend gebeten, nunmehr endlich durchgreifende Maßnahmen zu treffen, um den Klagen abzuhelfen und fernerhin auch der Frage der Vergütung von Sachschäden näher zu treten, welche durch den Rückmarsch unserer Heere entstanden sind. — Wie der „Temps“ mitteilt, soll die französische Regierung verlangt haben, daß die Unterhaltungskosten für das Besatzungsheer in Deutschland auf der Basis des französischen Tarifs, der für jeden Tag 16 Franc pro Soldat vorliegt, und nicht auf der Basis des amerikanischen Tarifs, der 30 Franc festsetzt, berechnet werden.

4. Elbing dem Regierungsbezirk Königsberg zugeteilt. Die Stadt Elbing ist vom 1. Oktober d. J. ab offiziell dem Regierungsbezirk Königsberg zugeteilt worden. Elbing zählt zurzeit etwa 60 000 Einwohner, während der ganze Landkreis 83 Landgemeinden und mehrere Gutsbezirke umfaßt und über 40 000 Einwohner zählt.

Rundschau im Auslande.

1. Infolge der Einigung der bisherigen Armee des Generals Haller in die Verbände der polnischen Armee wurde der Hallersche Generalkorps aufgelöst. Die französischen Offiziere des Hallerschen Generalkorps kehren nach Frankreich zurück.

2. Zum Gesandten der Republik Österreich in Paris wurde der Sektionschef im Staatsamt des Äußeren, Dr. Johann Eichhoff, ernannt.

3. In Budapest hat sich eine neue radikalistische Partei gebildet, die bei den bevorstehenden Neuwahlen mit eigenen Kandidaten auftreten wird.

4. Die schwedische Regierung hat beschlossen, Verhandlungen mit der deutschen Regierung über die Verlängerung des deutsch-schwedischen Handelsvertrages anzubahnen.

Österreich: Schwere Lebensmittelkrise in Wien.

1. Im Wiener Stadtrat teilte der Bürgermeister mit, daß eine Verschärfung der Lebensmittelversorgung eingeleitet sei, weil 17 Eisenbahnzüge zwischen Triest und Graz wegen Kohlenmangels stehen geblieben seien. Am 1. November

werde Wien überhaupt kein Fleisch mehr haben. In der übernächsten Woche werde es schmer fallen, die volle Brod- und Mehlsorte auszugeben, falls nicht in der Zwischenzeit entsprechende Zusätze aus dem Auslande erfolgen würden.

Ungarn: Die Kosten der ungarischen Mätediktatur.
1. Die Budapest Zeitung „Bilag“ veröffentlicht eine Aufstellung der Kosten der Proletariatsdiktatur in Ungarn. Das Blatt kommt zu dem Resultat, daß die Proletariatsdiktatur dem Lande 13 Milliarden 675 Millionen gekostet hat. Die rote Armee allein kostete 2 Milliarden 660 Millionen. Bereits in der ersten Hälfte des April kostete die rote Armee täglich 10 Millionen, im Juli kostete diese Armee aber schon täglich 25 Millionen. 21 Produktionsgenossenschaftszentralen nahmen einen Bankrott von 1,3 Milliarden in Anspruch. Die Dispositionsfonds der Direktoren werden mit 50 Millionen angenommen. Für inländische Propaganda wurden 25 Millionen verwendet, für ausländische 150 Millionen. Der größte Teil dieser Gelder ist jedoch verschwunden, da die Vertrauenspersonen der Mätediktatur diese unterschlugen. Die Unterschlagungen werden mit 150 Millionen angenommen. An Steuern und Kollektnahmen erlitt der Staat einen Ausfall von 400 Millionen.

Frankreich: Amerikanischer Kredit für Frankreich.
1. Zur Verbesserung des Kurzes der französischen Franken sind Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten im Gange, die vor einem günstigen Abschlusse stehen sollen. Die amerikanische Regierung hat sich bereit erklärt, die Frankreich gewährten Vorschüsse in langfristige Anleihen umzuwandeln mit Aufschub der Zinszahlung für drei Jahre. Das Abkommen bedeutet für Frankreich die Gewährung eines Kredites von anderthalb Milliarden Dollars.

England: Verringerung im englischen Eisenbahnerstreik.
1. Zum Zugdienste ist eine weitere Verringerung eingetreten. Im allgemeinen Verkehr konnten am Donnerstag über 800 Züge abgefahren werden. Auch der örtliche Dienst und der Dienst auf der Londoner Untergrundbahn konnte in beschränktem Umfange aufrecht erhalten werden. Der Führer der englischen Eisenbahner, Thomas, erklärte nach Londoner Meldungen, daß er damit beschäftigt sei, den Konflikt zwischen den Eisenbahnern und der Regierung auszugleichen und eine weitere Ausdehnung des Streiks zu verhindern. Nach einer anderen englischen Zeitungsmeldung haben dagegen die Vorstände des Transportarbeiterverbandes und des Eisenbahnerverbandes ein Uebereinkommen getroffen, wonach der Vorstand des Transportarbeiterverbandes bei den 36 Transportarbeitervereinigungen, die zu dem Verbande gehören, darauf dringen wird, daß der Generalkonflikt beendet wird.

Ein Aufruf zum Bürgerkrieg.

Die Verhöhnung der Berliner Arbeiterschaft.
In den Versammlungen, die sich nach der Auflösung der vom Metallarbeiterverband einberufenen Versammlungen auf den Straßen Berlins gebildet hatten, wurde vielfach das Blatt „Der revolutionäre Arbeiter“ vertrieben, das vom „Kommunistischen Komitee zur Förderung der Diktatur des Proletariats“ herausgegeben wird. Das Blatt trägt an seiner Spitze einen Aufruf mit der Überschrift:

„Auf die Barrikaden!“
In dem es u. a. heißt:
„Wann endlich werdet Ihr begreifen, daß Euch solche wirtschaftlichen Streiks nie zum Ziele führen können? — Seht die Reichen von Mailand, denkt an die kleinen Wächterknaben unter Euch! — Schlagt sie zusammen, daß die Reichen fliehen! Reist herunter die Mäste vom „wirtschaftlichen Streik“. — Wisst, daß alles Politikal ist, und daß nur der politische Massenstreik Euch retten kann. Streikt! Reist ein! Sabotiert! Nichts mehr habt Ihr zu verlieren, aber alles zu gewinnen! Auf die Barrikaden! An diesem Machwerk können die Arbeiter erkennen, wozu sie mißbraucht werden sollen.“

Der Metallarbeiterstreik hat sich in den letzten beiden Tagen nicht weiter ausgedehnt. Neue Betriebe sind in den Ausfall nicht einbezogen worden. Offenbar haben die inzwischen eingeleiteten Verhandlungen zurückhaltend auf die Hinzufuhrkommission einzuwirken. Bei den Demonstrationenversammlungen sind im ganzen 24 Funktionäre festgenommen worden. Die festgenommenen wurden auf Grund des Verlagerungsstandes dem außerordentlichen Richteramt zur Vernehmung zugeführt. Sollte sich ergeben, daß keine besonderen Delikte gegen sie vorliegen, so werden sie sofort wieder entlassen werden. Der Abg. Brühl (l. Soz.), der ebenfalls verhaftet worden war, ist nach seinem Ausweis als Abgeordneter sofort wieder freigelassen worden.

Nur eine Schinde. Aber sie genügt, um sein Herz rascher pochen zu machen.
Mit einem schüchternen „Danke, mein Herr!“ ist das Kind auf das kleine Dienstmädchen zugehauert, sich leicht schau nach dem großen, coquetten Mann umsehend.

Der kommt bereits auf die Bank zu und setzt sich neben die Gruppe.

„Hoffe, das kleine Ding da hat sich nicht weh getan“, bemerkt er zu dem Dienstmädchen, während seine Augen unentwandt auf dem Kinde ruhen.

„Aber, sie hat sich nicht weh getan“, entgegnet das Mädchen, indem sie den Kindervagen etwas näher schiebt, um dem Fremden auch ihre zweite Schutzbeschriftung zu präsentieren.

Doch das dunkle Köpfchen und die schwarzen Augen des kleineren Kindes scheinen den Mann nicht im geringsten zu interessieren. Immer und immer wieder kehrt sein Blick zu dem blonden Leinwandstuhl zurück.

Und auch die großen, blauen Kinderaugen finden Gefallen an dem struppigen Hünen.

Mit ihrer ganzen kindlichen Raubgier starrt die Kleine sich plötzlich auf sein Knie und fragt:

„Warum guckst du mich denn so an?“

Der schelmische Blick ihrer Augen muß den Mann eigenständig bewegen. Leise senkt er auf.

Dann hält er ihr, ohne die kindliche Frage zu beantworten, seine breite, behaarte Hand hin, in die sie schüchtern ihr kleines weiches Händchen legt.

Mit bei einem solchen Hünen merkwürdiger Zartheit zieht er das kleine Mädchen zu sich heran.

„Das ist ein komischer Vort du hast!“ lacht Angelina hell auf, indem die kleinen Finger an dem langen rotblonden, verstaubten Bart zupfen.

„Du bist ungezogen!“ rügt das Dienstmädchen streng. „Du darfst den Herrn nicht quälen. Das würde Mama sagen!“

Eine abwehrende Handbewegung hält das Mädchen wieder zurück, welches sich gerade anschickte, den Kindervagen fortzuführen.

„Wie heißt der?“ fragt er die Kleine.

Der Landarbeiter-Ausfall im Kreis Edern.
Der geht unverändert weiter. Es wird gestreift auf 47 Gütern und Höfen. Die dringende Notarbeit (Stühnen und Milchabfahren zur Meierei) wird jetzt von den Streikenden verrichtet.

Aus Stadt und Land.

Die Zahl der Erwerbslosen. Die Frage nach der bisherigen Entwicklung und dem gegenwärtigen Stande der Erwerbslosenfürsorge wird im „Reichs-Arbeitsblatt“ erörtert. Es ergibt sich dabei, daß die Erwerbslosigkeit seit Juni dauernd ziemlich gleichmäßig abgenommen hat; schätzungsweise gibt es zurzeit im Reich etwa 550 000 bis 650 000 Unterstüßungsbedürftige. Am stärksten ist die Erwerbslosigkeit natürlich in den Großstädten: Auf 1000 Einwohner entfallen in Groß-Berlin 42, in den Städten mit mehr als 500 000 Einwohnern 36, in denen mit 100 000 bis 500 000 Einwohnern 7 Unterstüßungsempfänger, während auf dem Lande bekanntermaßen Arbeitermangel herrscht.

Die Junker unter Wilhelm I.

Der Prinzregent und nachmalige König Wilhelm I. war zwar kein Schwärmer für Mittelalterlichkeit wie sein Bruder, aber von einer prinzipiellen Anerkennung der modernbürgerlichen Verfassungsidee war auch er weit entfernt. Und wie die Dinge damals in Preußen lagen, so konnte nur eine eiserne Faust den Machtwillen des Junkertums brechen, das heißt Preußen modernisieren. Bis jetzt hat noch kein preussischer König diese eiserne Faust geübt, und es ist höchst unwahrscheinlich, daß je einer sie besigen wird.

Wilhelm I. war dem alten System abgewandt, weil ihm die Unanständigkeit des Hofliquesmensens zuwider war. Die Verfassung zu halten war ihm eine zwar schwere, aber doch hehre Pflicht. Er sprach das gleiche bei der Bildung des neuen Ministeriums aus, als er sagte: „Die Regierung dürfe sich nicht von sogenannten Liberalen, in Wahrheit überpannten Joden fort und fort in das Unbestimmte treiben lassen“. Und seinem Schwager in Weimar schrieb er, er wolle der Welt zeigen, „daß es möglich sei, selbst mit einer militärischen Verfassung zu regieren, wenn man eine konservative Basis beibehalte und Ehrenmänner zur Durchführung eines solchen Systems als Helfer erwähle“.

Obgleich also der neue König zunächst eine den Junkern feindliche Miene aufsetzte, hatten die Junker bei dieser Auffassung doch im Prinzip von vornherein gewonnenes Spiel. Sie brauchten nur lauter und immer lauter über die Gefahren der Demokratie, die Demütigung der preussischen Krone und das Heraufkommen der Republik zu schreien und sie durften sicher sein, damit ein immer aufmerksames Ohr zu treffen. Die Stimmen der „Kriegszeitung“ ermannten nicht, dieses Rezept anzuwenden.

Wilhelm I. hatte die Kamarilla beseitigt. Aber als „leidenschaftlicher Soldat“ (an allen Hohenzollern rühmt man ihr leidenschaftliches Soldatentum) schaffte er etwas ganz Neues, das den Hoffunkern Ersatz bot: das Militärlaboratorium. Mit dem Leiter dieses Kabinetts, dem General von Manteuffel, begann die planmäßige Vorbereitung der bismarckschen Kriege. Zunächst wurde eine große Heeresreform verlangt und den Kommissaren zur Beratung vorgelegt. Mit der Berufung von Roon zum Kriegsminister erhielt der Bismarckismus der neuen Ära einen ersten schweren Schlag, von dem er sich nicht erholen sollte. Gleich bei seiner Berufung erklärte von Roon rundweg, daß er „von der ganzen konstitutionellen Wirtschaft nie etwas gehalten habe“. Fortan wird von Roon der einflussreichste Mann am Hofe und ein ausgesprochener Vorgesetzter der Junkerinteressen.

Manteuffel und Roon, das Militärlaboratorium und Kriegsministerium, setzen sich, wo immer sie können, in Widerspruch mit ihren liberal angehauchten Ministerkollegen und mit den Kammerern; bei der Besetzung der Offiziersstellen begünstigen sie das Junkertum in so ungerechter, heraus-

Salanda und Salomea.

Roman von Erich Griese.

26. Fortsetzung.

Und doch — ob sich nicht hinter dieser Pracht, hinter diesen lächelnden Gesichtern, diesen glänzenden Augen, hinter diesem Gewoge von Samt und Seide, von Diamanten und Spitzen manch todestraunbe Herz verbirgt?

O Welt! O Welt des Scheins! O Welt von Tränen und Schmerzen, voll schlummerloser Nächte und heißer, brennender Sehnsucht nach einem höheren, besseren Leben!

Am hinteren Ende des Monte Pincio, dort, wo eine hohe Mauer ihn von dem weiten Park der Villa Borghese trennt, der sich da unten mit seinem träumerischen Dunkel gar eigenartig von der leuchtenden Pracht hier oben abhebt — dort hat sich die „allerjüngste Jugend“ niedergelassen.

Überall auf den niedrigen Marmorbänken frische Dienstmädchen mit glitzend gekleideten, lauchenden Kindern.

Etwas abseits, unter einer hohen Palme, sitzt ein kleines Kindermädchen; behutsam fährt sie den Kindervagen vor sich hin und her, während ein Mädchen von etwas vier Jahren daneben mit einem roten Ball spielt.

Die Kleine ist einfacher gekleidet, als all die übrigen Kinder. Vielleicht ist dies der Grund, weshalb das Kindermädchen sich mit ihren Schutzbeschriftungen nicht unter die anderen mischt.

Jonathans vor Freude springt das kleine Mädchen dem Bass immer wieder nach. Der grobe Strohhut ist ihr dabei in den Nacken gerutscht; eine Ueberfülle goldblonden Locken quillt darunter hervor. Die großen blauen Augen strahlen.

Ein stolzmächtiger, hünenhafter Mann von fremdartigem Aussehen, der langsam des Wegs daherkommt, bleibt bei dem lieblichen Anblick des spielenden Kindes stehen.

Das Mädchen bemerkt ihn nicht. Eben schneubert es wieder den Ball hoch in die Luft. Beim Auffangen stolpert es über einen Stein und fällt.

Nach springt der Mann herzu und hebt das Kind auf. Dabei blickt er eine Sekunde voll in das entzückende Gesicht.

„Angelina.“
„So —! Angelina! ... Angelina, Bonmartino! Nicht wahr?“

Das Kind schüttelt den Kopf.

„Nein, Angelina Belloni.“

Sofort schwindet das Interesse aus den Zügen des Mannes.

Fast rauh schiebt er die Kleine beiseite.

Doch Angelina nimmt diese Unfreundlichkeit nicht abel. Sie hat einmal Vertrauen zu dem „komischen“ Manne gesetzt und läßt sich nicht verblüffen.

„Warum soll ich denn nicht Angelina Belloni heißen? fragt sie mit einem reizenden Schmollmündchen.“

Ja, in der Tat — warum nicht! Der Fremde kann sich selbst keine Antwort darauf geben. Er fühlt nur, daß er verstimmt ist — tief verstimmt.

Minella, welche die ganze Szene mit neugierigen Augen beobachtet hat, hält es für angezeigt, sich ins Gespräch zu mischen. Sie ist bewandert in der Hintertreppensliteratur und deshalb jederzeit bereit, ein atemberaubendes Ereignis zu erleben. Wer weiß, was wieder hinter diesem rotbackigen Knecht steckt! Ob er sich nicht als Prinz entpuppt! Oder als Zauberer! Oder als was weiß was!

„Mein Herr —“ beginnt sie mit großer Wichtigkeit. „Sie nannten vorhin den Namen „Bonmartino“. Frau Belloni ist eine geborene Bonmartino. Salomea Bonmartino!“

„Also doch!“

Selbst rauh ringt es sich aus der Brust des fremden Mannes. Es ist, als ob ihm etwas die Kehle zuschnüre.

Dann aber bricht der Jubel bei ihm los.

„Natürlich, das Gesicht konnte niemand anders anerkennen, als einer aus der Nachkommenschaft Salomeas!“ ruft er exaltiert. „Zug für Zug das selbe Gesicht!“

Und er faßt Angelina bei beiden Händen, hebt sie zu sich auf und preßt sein bärtiges Gesicht fest, fest auf ihre rosige Wange — so fest, daß die Kleine aufschreit vor Schmerz.

Fortsetzung folgt.

fordernder Weise, daß selbst in konservativen Kreisen die Meinung ausgesprochen wurde, die ganze Heresreform sei wahrscheinlich eine „Versorgungsanstalt für die Junker“.

Durchaus charakteristisch für die wahre Gesinnung der Herren aus Ostpreußen ist folgendes: Die Junker schämten vor But auf, als die damalige liberale Mehrheit des Abgeordnetenhauses nicht alle Heresforderungen glatt bewilligte. Zugleich Zeit aber verweigerten die Junker des Herrenhauses die Geldmittel für diese Heresreform. Und warum? Weil diese Geldmittel durch die endliche Schaffung jener „Grundsteuer“ herbeigeschafft werden sollten, von der die Junker nie etwas wissen wollten; denn noch immer waren die Rittergüter grundsteuerfrei. Dem König so viele Soldaten als ihr wollt, aber... mit dem Geld der anderen! Das war der Patriotismus derer, die Preußen regierten.

Die „neue Aera“ war glücklich bezeugt und Koon erreichte endlich die Berufung eines Mannes, der seit langem sein engster Freund war und einen so ungeahnten Einfluß nicht nur auf die Geschichte Preußens und Deutschlands, sondern überhaupt ganz Europas ausüben sollte: Otto von Bismarck.

Bismarck war schon von Friedrich Wilhelm IV. als Minister für das Kabinett Brandenburg vorgeschlagen worden: der König soll damals diese Berufung mit der Bemerkung abgelehnt haben: „Nur ein Reaktionsär, riecht nach Blut; später zu gebrauchen.“ Diese Konstellation: Eine große liberale Oppositionsarbeit im Abgeordnetenhaus, mächtige, den Junkerinteressen Vorstoß leistende Minister, hatte zum ersten Male in der innerpolitischen preußischen Geschichte eine klare Spaltung und Gruppierung zur Folge: Die Bürger, die Junker! Das preussische Bürgertum, hatte sich unter dem Druck der Verhältnisse in Stadt und Land zu einer geschlossenen Phalanx für den Schutz und Ausbau der verfassungsgemäßen Freiheit zusammengeschlossen. Aber seine Führer, die von jeher die leidige Gewohnheit hatten, einander wegen Kleinigkeiten schärfen zu bekämpfen als den gemeinsamen Feind, waren uneinig, furchtsam und ohne historische Tradition. Aus diesen Gebrechen, die dem preussisch-deutschen Liberalismus bis auf den heutigen Tag angehaften haben, zogen die Junker immer wieder Nutzen.

Das neue politisch reife gewordene Bürgertum Preußens wurde den Junkern so unheimlich, daß nach der Auflösung der Kammer im Herbst 1863 die Preußenzeitung ganz unverhohlen die gänzliche Aufhebung der Verfassung forderte. Sie entsprach damit den geheimen Wünschen Bismarcks. Es ist wohl wahr, daß Bismarck in seiner berühmten Rede im Norddeutschen Bundesparlament am 28. März 1867 vom allgemeinen geheimen Wahlrecht sagte: „Ich kenne wenigstens kein besseres Wahlrecht“ und daß er hinzufügte: „Was wollen denn die Herren, die das ansprechen, und zwar mit der Versicherung, deren wir bedürfen, an dessen Stelle setzen? Etwa das preussische Dreiklassenwahlrecht? Ja, meine Herren, wer dessen Wirkung und die Konstellationen, die es im Lande schafft, etwas in der Nähe betrachtet hat, muß sagen, ein widersinnigeres, elenderes Wahlrecht ist nicht in irgend einem Staate ausgedacht worden.“ (Munche und Bravo). — Aber wie weit war Bismarck in diesem Lob des Allgemeinen und Tadel des Dreiklassenwahlrechts aufrecht?

Man kann nicht oft genug wiederholen, daß Preußen jenes Land ist, wo in Zeiten der Not Könige und Minister außerst liberal sind, um nachher alle ihre Versprechen als nicht gegeben zu betrachten. (1813, 1848, 1867, 1871, 1908 = liberale Reformversprechen, 1815, 1850, 1878/90, 1910, 1913/14 = reaktionäre Wirklichkeiten).

Locales und Provinzielles.

Demokratischer Bürgerverein. Ueber die am Sonntag stattgefundene Wahl geht uns folgender Bericht zu: Der Demokratische Bürgerverein, der in den Revolutionsjahren als ein Verein begründet wurde, welcher auf breiter, demokratischer Grundlage den Schutz der Interessen aller Klassen der Bevölkerung ausgleichend wahrnehmen sollte und durchaus keine Partei ist, trat gestern durch eine Mitgliederversammlung in die Wahlbewegung ein. Der Hauptzweck der Sitzung, nämlich geheime Abstimmung über die aufzustellende Kandidatenliste, konnte nicht erreicht werden, da dieselbe wegen des herrlichen Herbstwetters und wegen einiger anderer Veranlassungen nicht zahlreich genug besucht war.

Den Hauptverhandlungsgegenstand bildete die sehr richtig von einem Mitglied als Putschversuch bezeichnete neue Vereinigung von Bürgern und Bürgerinnen. Der Vorsitzende Herr Prof. Vogel, gab einen eingehenden Bericht über die erste Sitzung dieser neuen Vereinigung, die am Samstag sich noch nicht aus Mitgliedern, sondern nur aus einem Vorstand zusammengefasst habe. Der Kernpunkt des Abends sei nicht etwa der Vortrag eines Mitgliedes des neuen Vereins über sein Programm gewesen, sondern die von Prof. Vogel, zur Erhaltung des Friedens in der Bürgerschaft aufgeworfene und unter eingehenden Darlegungen begründete Anfrage, an den neuen Vorstand, ob er willens sei mit der bestehenden und mit einer glänzenden Bilanz von über 1000 Stimmen aus den politischen Wahlen hervorgehende bürgerlichen Vereinigung zu arbeiten. Als Grundlagende hat Herr Vogel, vorgeschlagen, daß die von beiden Seiten aufgestellten Listen einer gemeinsam einzuberufenden Einwohnerversammlung zur endgültigen Feststellung der Kandidaten vorgelegt werden solle. — Dann gab Herr Vogel noch seiner persönlichen Meinung über die neue Vereinigung Ausdruck. Er erklärte, daß nach den Verhandlungen, die bereits früher betr. Gemeindevahlen, gepflogen worden seien diese Vereinigung eine unter der phrasenhaften Flagge des Gemeinwohls stehende Sonderbündel des Zentrums sei, die von verärgerten und nach frei werdenden Vertretersitzen und Gemeindestellen lechzende Schlepptrüger unterstützt werden, welche wiederum wie Herr Schüller ja in der Sitzung sehr richtig bemerkt habe das dem Stand der Hausbesitzer angehört oder besser gesagt, die Macht des Hausbesitzervereins seien.

Am Schluß kam Herr Vogel noch auf die in der letzten

Nummer der Bierstädter Zeitung erwähnte Angelegenheit Mühlen zu sprechen und erklärte, der Name Mühlen habe als erster auf der Liste des demokr. Bürgervereins stehen sollen. Es habe aber Herr Baurat Mühlen aus Gesundheitsrücksichten leider abgelehnt.

Mit einem Appell des Vorsitzenden an die Mitglieder zu reger Beteiligung an den Versammlungen und zu tätiger Mitarbeit schloß die äußerst interessante Sitzung.

P. S. Die Anfrage des Herrn Vogel an die Neuvereinigung zu gemeinsamer Arbeit ist bereits mit einem glatten „Nein“ zur Erledigung gelangt.

§ Die „vereinigten Bürger“ und Bürgerinnen hatten wie aus dem Inzeratenent ersichtlich morgen Mittwochabend im Bären ihre allwöchentlichen Besprechungen ab, zu denen alle Wähler und Wählerinnen eingeladen sind und deren Besuch in Anbetracht des gesteckten Zieles nur empfohlen werden kann.

Bekanntmachungen.

Die Neuwahl zur Gemeindevertretung findet am Sonntag, den 26. Oktober 1919

statt.

Wahlberechtigt sind alle im Besitze der deutschen Reichsbürgerrechte befindlichen männlichen und weiblichen Personen, welche das 20. Lebensjahr vollendet haben, im Gemeindebezirk seit 6 Monaten — also seit dem 26. April 1919 — ihren Wohnsitz haben und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind.

Als Wohnsitz ist der Gemeindebezirk anzusehen, in dem jemand eine Wohnung unter Umständen inne hat, die auf die Absicht der dauernden Beibehaltung schließen lassen.

In die Wählerliste sind nicht aufzunehmen:

a) wer unter vorläufiger Vormundschaft steht, b) wer infolge eines rechtskräftigen Urteils der bürgerlichen Ehrenrechte ermangelt.

Die etwa zurückbleibenden Gefangenen sind auf Grund einer Bescheinigung des Kontrollamtes über ihre Entlassung aus dem Militärdienst in die Wählerliste aufzunehmen und sind sie noch wahlberechtigt, das heißt: nur dann, wenn sie vor ihrem Eintritt ins Kriegsheer hier ihren Wohnsitz hatten und diesen nicht aufgegeben haben.

Wahlvorsteher ist Herr Bürgermeister Hofmann und Stellvertreter Herr Beigeordneter Karl W. Bierbrauer. Zu Beisitzern sind die Herren Georg Schüller und Wilhelm Seubörger gewählt.

Die Gemeinde Bierstadt ist in zwei Stimmbezirke geteilt.

Bierstadt, den 2. Oktober 1919.

Der Bürgermeister Hofmann.

Vereinigte Bürger und Bürgerinnen.

Die Wähler und Wählerinnen Bierstadts werden wiederholt höflichst gebeten, den jeden Mittwoch u. Samstag abend 8½ Uhr im Gasthaus „Zum Bären“ stattfindenden Besprechungen über die am 26. d. Mts. vorzunehmenden Wahlen zur Gemeindevertretung beizuwohnen.

Wer es ehrlich meint, keine Sonderpolitik zu treiben beabsichtigt, nur das Allgemeinwohl der Gemeinde und deren Einwohner wünscht, schließe sich unserer Vereinigung an; denn diese hat sich das allgemeine Wohl der Gemeinde zum Ziel gesetzt und wird mit ehrlichen Waffen und vollständig parteilos zur Erreichung des gesteckten Zieles in den Wahlkampf treten.

Wir betonen ausdrücklich, wir wollen keinen Zwiespalt und keine Spaltung, sondern nur das Allgemeinwohl fördern und bitten daher alle Wähler und Wählerinnen, gleich welcher politischen Richtung und Anschauung, bei dieser Wahl die Parteinteressen aus dem Spiel zu lassen und mit uns dahin zu wirken, daß eine nur auf das Allgemeinwohl bedachte, frei von Sonderinteressen besetzte Gemeindevertretung zu Stande kommt.

Daher „Auf zur Besprechung morgen abend in den Bären.“

Der Vorstand.

J. A.: Ludw. Schmidt.



„Singingverein Frohsinn“

— Bierstadt. —

Die

Gesangsproben

finden regelmäßig jeden Dienstag Abend, 8½ Uhr im Probefestlole in der neuen Schule an der Adlerstr. statt und laden wir die Herren Sänger hierzu ganz ergebenst ein. Um vollständiges und pünktliches Erscheinen bittet

Der Vorstand.

Ziegenzucht-Verein Bierstadt.

— Große Ziegenschau —



mit Preisverteilung am Sonntag, den 12. Oktober d. J., Nachmittags 3 Uhr, im Hofe der Schule an der Adlerstraße.

Zu regem Besuche ladet ein Der Vorstand.

Bekanntmachung.

Diejenigen Familien, die ihren Kartoffelbedarf bei Privatleuten einkaufen wollen, haben die Kartoffelbestellscheine umgehend bei der Bürgermeisterei hier selbst abzuholen.

Die Zahlung der Kartoffel hat bei der Gemeindefasse hier selbst zu erfolgen.

Der Preis beträgt bei freier Lieferung 10 Mk pro Ztr.

Bierstadt, den 1. Oktober 1919.

Der Bürgermeister: Hofmann.

Vermessungsbüro Leinweber.

Das Büro des Kreislandmessers Leinweber, Wiesbaden, Moritzstrasse 62 wird unverändert weitergeführt.

Grundstücksteilungen, Grenzherstellungen, Lagepläne für Baugesuche, Vivallements usw. werden schnellstens erledigt.

F. Dohmen,

vereideter Landmesser.

Zu unseren Anfang Oktober beginnenden

Tanz-Kursen

nehmen wir Anmeldungen frdl. entgegen. Gründliche Ausbildung in allen Rund- u. Gesellschaftstänzen sowie in der modernen Tanzweise.

— Eigener grosser Unterrichtssaal im Hause. —

Privat-Einzel-Unterricht zu jeder Zeit.

Tanz-Lehr-Institut

Carl Diehl und Frau

Wiesbaden

Friedrichstraße 43, I. Etage

Frage
unverträgl. Hautjucken beseitigt in 2 Tagen ohne Verzicht. meine geruchl. Entleerung. Milbimors, 1000-fach bewährt. Fl. für 1 Kur 4.50 Mk. d. unauffällige Packg. von Apotheker Schulte, Goslar 98.

Ein braves Mädchen für Hausarbeit tagsüber gesucht. Näheres in der Exped. dieser Zeitg.

Gut erhaltener Heberjäger geeignet für 14 bis 15-jähr. jung. Mann, billig zu verkaufen. Bierstadt, Moritzstraße 13.

Eine

— Putzfrau —

gesucht. Bierstadt. Höhe 55.

Ein anderes fleißiges Mädchen, welche alle Hausarbeit versteht gesucht. Frau Fuhr, Bierst. Höhe, Wartestraße 1.

Ein Gartenarbeiter 15—20 Mann für dauernde Winterarbeit ges.

Philipp Bierbrauer, Bierstadt, Blumenstr. 14 Landschaftsgärtner.

Rüchen, Schlafzimmer, Speisezimmer und Einzelmöbel stets billig. Schreinerei Klapper, Wiesbaden, Friedrichstraße 55.

Schreiner

welcher laufend Rüchen, Schlafzimmer anfert. kann, oder vorrätig haben bitte um Offerte an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Wer liefert frische

Wurst

für Wiederverkauf? Gefl. Angebote an Frau Reichert, Wiesbaden, Scharnhorststraße 14, Laden.

Wirdlich vorrätig ab 600 Mk.

Schreib-Maschinen

großes Lager. Ankauf. R. Gänzig, Mainz, Hindenburgstraße 19. Tel. 915.

Kopf-Läuse

nebst Brut

beseitigt sofort

Sentalwasser

Fl. 1.— und 1.85 Mk. Drogerie Lehmann, Wiesbadenerstraße 4. Fernsprecher 3267.

Das

Wintersemester

beginnt

Mittwoch, 1. Oktober

Vollkurse für die gesamte Kontor- u. Bankpraxis, mit Vorträgen über Privat- u. Volkswirtschaftslehre, bürgerl. u. kfm. Rechtskunde etc.

Damen und Herren jeden Alters

werden um gefl. Anmeldung ersucht. Getrennte kleine Klassen mit Berücksichtigung der Vorkenntnisse u. persönl. Veranlagung bei Einzel-Förderung dem Privatunterricht ähnl.

Ebenso Privats und

Buchführungs-Unterricht aller Art: Kaufm. einfache u. doppelte nach ital. und amerik. Syst., — Hotelbuchführung — für Landwirtschaft, Vermögensverwaltung usw.

Stenographie:

nach Syst. Stolze-Schrey und Gabelberger.

Höf. kaufm. Rechnen

Konto-Korrentlehre

nach allen Systemen

Bank- u. Börsenkunde

Briefwechsel,

Maschinenschreiben,

Schönschreiben

Kfm. Privatschule

Herm. & Clara

Bein

beid. kaufm. Sachverst.,

Diplom-Kaufleute

Diplom-Handelslehrer,

Wiesbaden,

Kirchgasse 22, I.

neb. d. Luisenstr., Fernspr. 223.

Vorm., Nachm. und

Abend-Unterricht.

Der billige Verkauf.

von Militär-Röcken Schuhen Stiefeln, Damenkleider findet nur noch einige Tage statt Militär-Röcke und Blusen 8 und 10 Mk., Schuhe und Schäften 12 und 15 Mk. Neue Mützen, Friedr. n. w. e 12 — 14 Mk. Jeder Käufer erhält ein Gratis Zulage. Verkaufszeit 2 bis 7 Uhr Abend.

Bierstadt, Wiesbadenerstrasse 8. (Laden).

Hüte zum Umpressen

wenn Sie Wert auf sorgfältige Ausführung legen. Lieferung schon in einigen Tagen.

Die neuesten Formen sind alle da.

Modehaus Ullmann

Wiesbaden, Kirchgasse 21.

Schlafzimmer

in Kirschbaum, Mahagoni, Kirschbaum, eiche und lackiert zu sehr niedrigen Preisen.

Speisezimmer
Kücheneinrichtungen
Einzelne Möbel
Bettstellen

Holz und Metall, Kapsel, Haar, Füll und Seegrassmatratzen, Polstermöbel in groß. Auswahl.

Möbelhaus Buchdahl

Wiesbaden

4 Bärenstrasse 4.

Reinen
Gährungseffig
per Liter 80 Pfennig
K.-A.-Seifenpulver
in jeder Menge
— ohne Karten —
Drogerie Lehmann,
Drogen — Farben —
Kolonialwaren, Bierstadt,
Wiesbadenerstr. 4 Tel. 3267

Beziehen Sie sich bei Ihren Einkäufen auf die Inserate unseres Blattes.

Schulranzen : Schulranzen

Grösste Auswahl Billigste Preise

offert als Spezialität

A. LETSCHERT

Wiesbaden, Faulbrunnenstr. 10.

Reparaturen

Seife für Toilette und Haushalt
Wasch- und Putzartikel
Bürstenwaren
Seifenspezialgeschäft
Fritz Meyer
(früher Seifenfabrik H.W. Damb)
Nerostr. 15 Telefon 211
Beste Bezugsquelle für Privat-Häuser,
Pensionen, Hotels und Waschanstalten.

Paßbilder

Auf Wunsch sofort lieferbar.

Ausnahmefolge

bis 15. Oktober.

Paßbilder

Auf Wunsch sofort lieferbar.

Der grossen Nachfrage wegen geben wir Jedem, der sich bei uns 6 oder mehr Bilder bestellt,

Ganz umsonst

Sonntags von 9-2 geöffnet.

eine Vergrößerung seines eigenen Bildes (einschl. Karton 30×26 cm).

Sonntags von 9-2 geöffnet.

Unser Geschäftsprinzip

Für wenig Geld ein gutes haltbares Bild.
Rascheste Lieferung.
Nur erstklassige Materialien und Arbeitskräfte.

Samson & Co.

G. m.

b. H.

Photogr. Atelier und Vergrößerungsanstalt
mit billigen Preisen

Telefon 1986.

Wiesbaden, Gr. Burgstr. 10.

Wahrstuhl.

Trotz Teuerung billige Preise

Vergrößerung nach jed. Bilde

— Echten Kantabak —

empfiehlt

Drogerie Arthur Lehmann

Wiesbadenerstrasse 4

Telefon 3267.

Trauringe

— fugenlos —
moderne Kugelform,
in 8, 14 und 18 Krt.
Eigene Anfertigung.
Billigste Preise.

C. Struck Gold-
schmied
Wiesbd., Michaelsb. 15.

Trauerhüte Trauerschleier Trauerflore

grösste Auswahl billigste Preise

Modehaus Ullmann

Wiesbaden, Kirchgasse 21 Telefon 2972.

Landwirte.

Einige Waggon ffr. Hafer für Futterzwecke sowie einige Waggon ausländische Kleie.

J. Schmitt Dampfmühle Mainz

Ecke Gärtnergasse und mittlere Bleiche 81/10
Telephonruf 266 und 768.

A. SOLEIL

PARIS, 75-77 Rue d'Aboukir

Stoffe (Tuch und Wolle)
fertige Damen-Konfektion

en gros
Reichhaltiges Vorrats- und Musterlager

MAINZ

4 Pfandhausstrasse 4.

Aus unseren Spezialabteilungen für

Damen- und Kinder-Bekleidung:

Damen-Mäntel

aus gediegenen Velours- und Flaussch-,
sowie aus gemusterten Stoffen

von Mk. 165.— an.

Damen-Jacken-Kleider

aus reinwollenen Kammgarnen und Garbr-
dines und aus haltbaren Strapazierstoffen

von Mk. 225.— an.

Kostüm-Röcke

nur gute, gediegene Qualitäten in allen Stoff-
arten sehr preiswert.

Damen-Blusen

aus Zefir, Sportflanell, Samt, Wolle und
Seide in grösster Auswahl zu sehr wohl-
feilen Preisen.

Kinder- u. Mädchen-Mäntel

gute, haltbare Qualitäten in einfarbigen
und gemusterten Stoffen

von Mk. 57.50 bzw. 72.00 an.

Kinder- u. Mädchen-Kleider

aus baumwollenen, halbwoollenen und rein-
woollenen Stoffen, aparte, neue Formen
in allen Preislagen.

Mädchen- und Backfischkostüme

aus nur gediegenen Stoffen, gemustert
und einfarbig

von Mk. 125.— an.

Tanzstundenkleider

Reizende Neuheiten.

Sportjacken

in allergrösster Auswahl.

Gummi-Mäntel

für Damen, Mädchen und Kinder in 1a Qualitäten.

Lotz & Soherr, Mainz

Fernsprecher 622

Fernsprecher 623.